

Offener Brief der Bürgerinitiativen an Abgeordnete

Sechs Bürgerinitiativen treten geschlossen als Absender des Schreibens auf.

Aurich/Wittmund. In einem offenen Brief haben sich die Bürgerinitiativen aus Hinte, Arle, dem Brookmerland, Canhusen, Krummhörn und Roggenstede an die Mitglieder des Auricher Kreistages sowie an die Fraktionsvorsitzenden im Niedersächsischen Landtag gewandt, „aus tiefer Sorge um unsere ostfriesische Heimat, aus Verbitterung gegenüber Politik und Verwaltung vor Ort und aus Verantwortung gegenüber einer zukunftsfähigen Energiepolitik“.

Die Sprecher fordern für die weitere Planung von Windkraftanlagen „eine Veränderungssperre für das Kreisgebiet bis zur Rückkehr des Kreises in seine raumplanerischen Pflichten“. Außerdem wird um Einrichtung eines runden Tisches gebeten, der „die Linderung der Nöte Betroffener und eine zukunftsweisende (Speicherung, intelligente Netze), naturverbundene und sozial verträgliche Energiepolitik im Landkreis Aurich“ beinhaltet.

Durch das Fehlen eines Regionalen Raumordnungsplanes (RROP) im Landkreis Aurich sei ein „regionalplanerisches Vakuum“ entstanden. Politik und Verwaltung beim Landkreis hätten durch dieses Verhalten dafür gesorgt, dass „die Akzeptanz in der Bevölkerung, die Belastung für die Natur und nicht zuletzt die Auswirkungen auf den Tourismus ein kritisches Maß erreicht haben“.

Die Sprecher sehen den Landkreis Aurich mitschuldig an „diesem umwelt- und

rechtspolitischen Skandal“, weil dieser durch eigene Betreiber-GmbHs aktiv an der Windkraftplanung mitwirke. „Er ist Gutachter, Genehmigungsbehörde, Betreiber und Überwacher“, so die Sprecher der BI. „So wundert es die Menschen in Arle nicht mehr, dass ihren Beschwerden wegen unerträglichen Lärms von Seiten des dort Mühlen betreibenden Landkreises nicht verfolgt wurden.“ Außerdem sei in all den GmbHs derselbe leitende Beamte des Landkreises gleichzeitig Geschäftsführer.

Für die Gemeinde Krummhörn seien Pläne zur Verdoppelung der Vorranggebiete für Windenergie vorgestellt worden, die Gemeinde Brookmerland plane eine Vervielfachung der Vorranggebietsfläche. „Dass dabei insbesondere an den Gemeindegrenzen Flächen ausgewiesen werden, ist ebenfalls auf die regionalplanerische Verantwortungslosigkeit des Landkreises zurück zu führen“, heißt es in dem Brief. Auch in den Städten Norden und Aurich würde über weiteren Flächenverbrauch zugunsten der Windkraft diskutiert.

Durch raumplanerische Verantwortungslosigkeit des Landkreises seien bisher 800 Windmühlen genehmigt worden, lassen die Sprecher der BI wissen. „So kommt eine Windmühle auf 1,61 Quadratkilometer - ein wohl bundesrepublikanisch einmaliger Wert.“ Ein Besuch der Windparks in Arle oder Roggenstede lege Zeugnis von der damit verbundenen Zerstörung von Lebensmöglichkeit der Menschen und großflächiger Naturzerstörung ab.

red/ggm